

„Ein großer Tag für die Kinderrechte in Luxemburg“

Luxemburg bekommt „Ombudsman fir Kanner a Jugendlecher“

LUXEMBURG
PASCAL STEINWACHS

Die Abgeordneten haben sich gestern mit Sicherheit nicht gelangweilt, standen neben der traditionellen Fragestunde an die Regierung, die sich diesmal jedoch auf fast anderthalb Stunden hinzog, doch auch noch eine Interpellation des CSV-Abgeordneten Léon Gloden über die Entwicklung des ländlichen Raums, das erste Votum über eine technische Verfassungsänderung sowie zwei Gesetzprojekte auf dem parlamentarischen Menü, darunter der Gesetzesentwurf, mit dem Luxemburg einen „Ombudsman fir Kanner a Jugendlecher“ bekommt.

André Bauler: „Wir müssen dezentraler denken“

Dieser ersetzt das „Ombuds-Comité fir d'Rechter vum Kand“ und soll unter Aufsicht des Parlaments stehen, das diesen „Ombudsman“ auch für ein einmaliges Mandat von acht Jahren beruft. Das Gutachten des „Ombudsman fir Kanner a Jugendlecher“ soll künftig für alle gesetzlichen Bestimmungen erforderlich sein, die Auswirkungen auf Kinder haben. Berichterstatterin Carole Hartmann (DP) sprach von einem „großen Tag für die Kinderrechte in Luxemburg“.

Am Anfang der Sitzung, die sich bis in die Abendstunden hinzog, wurde die frühere DP-Abgeordnete Joëlle Elvinger, die zum europäischen Rechnungshof gewechselt ist, zur Ehrenabgeordneten ernannt.

In seiner Interpellation über die Entwicklung des ländlichen Raums zeigte sich Léon Gloden überzeugt, dass Luxemburg sich in Richtung eines Eine-Million-Einwohner-Staats entwickeln würde, wobei ein Großteil dieser Leute aber im ländlichen Raum leben würde. Die CSV stehe jedenfalls für eine verbesserte Lebensqualität im ländlichen Raum, für mehr Präsenz der öffentlichen Dienste, für eine besser vernetzte Mobilität und für eine wesentliche Verbesserung der medizinischen Versorgung.

André Bauler (DP) gab seinerseits zu bedenken, dass wir in Zukunft dezentraler planen und die Hauptstadt und das Zentrum des Landes entlasten müssten. Esch und die „Nordstad“ müssten noch stärker als regionale Zentren gefördert werden; der Staat könne hier mit seinen Verwaltungen Akzente setzen. Es sei wichtig, alle Regionen des Land zu valorisieren und dezentraler zu



Die traditionelle Fragestunde zum Auftakt der Parlamentssitzung dauerte diesmal fast anderthalb Stunden

Foto: Flickr/Chambre des Députés

denken. Als positives Beispiel für wirtschaftlichen Erfolg im ländlichen Raum nannte der liberale Nordabgeordnete eine Firma aus Hosingen, die weltweit erfolgreich Luxusbrillen herstelle. Er wisse nicht, so Bauler, ob seine Abgeordnetenkollegen Snoop Dog oder Samuel L. Jackson kennen würden, aber die würden ihre Brillen in Hosingen kaufen. Er persönlich höre übrigens lieber Johann Sebastian Bach.

Pierre Gramegna: „Die Kunden können sich ihre Bank selbst aussuchen“

In der Fragestunde warf der CSV-Abgeordnete Gilles Roth noch einmal die Causa des Armeegewerkschafters Christian Schleck auf, der bekanntlich im Clinch mit der Ar-

entschuldigt. Er würde sich jedenfalls nie erlauben, so Kox, dem Parlament falsche Informationen zu geben.

David Wagner (déi Lénk) befragte seinerseits den Finanzminister zur Tarifpolitik der Finanzinstitute. Pierre Gramegna (DP) gab diesbezüglich an, dass die Kunden in Luxemburg eine große Auswahl hätten, sich ihre Bank auszusuchen. Es sei jedenfalls nicht am Staat, den Banken vorzuschreiben, wie sie ihre Tarifpolitik gestalten sollen.

Dann war in Beantwortung einer Frage von André Bauler auch noch zu erfahren, dass akuter Handlungsbedarf bestehe, was die Wartezeiten im Notdienst im Eitelbrücker Spital anbelangt, aber wie die neue Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) angab, komme auch dieses Problem ab dem 14. Februar beim Gesundheitstisch zur Sprache.

Mars Di Bartolomeo (LSAP) ärgerte sich

über die von der französischen Regierung angekündigte Verlängerung der Lebensdauer von Cattenom. Energieminister Claude Turmes (déi gréng) gab an, dass jeder Atomreaktor ein großes Risiko und alte Atomreaktoren ein noch größeres Risiko darstellten; schließlich fahre man heutzutage ja auch nicht mehr mit einer jahrzehntealten „Deux chevaux“ nach Südfrankreich. Luxemburg kämpfe weiterhin für die Stilllegung von Cattenom... ●

„Snoop Dog und Samuel L. Jackson kaufen ihre Brillen in Hosingen“

ANDRÉ BAULER, DP-Nordabgeordneter

meeführung liegt. Hier habe der delegierte Verteidigungsminister am 3. Dezember im Plenum von einem einvernehmlichen Abkommen gesprochen, was den neuen Arbeitsplatz von Schleck anbelange. Henri Kox (déi gréng) gab gestern zu, sich hier leider unglücklich ausgedrückt zu haben. Wenn Schleck einen Brief unterschrieben habe, heiße das ja nicht, dass Schleck auch damit einverstanden sei, aber er habe sich ja bereits im zuständigen Kammerausschuss

ADAPTO-REFORM

„Die alten Karten behalten noch zwei Monate ihre Gültigkeit“

Die Ende Januar vom Mobilitätsministerium gemachte Mitteilung, dass ein neuer Antrag bei der Transportabteilung des Mobilitätsministeriums eingereicht werden müsse, um den Adapto-Dienst für Menschen mit eingeschränkter Mobilität ab März kostenlos nutzen zu können und im Umlauf befindliche Adapto-Karten ab dann nicht mehr gültig sein, hat in den letzten Tagen und Wochen für viel Aufregung in gesorgt. So meldeten sich die „Patiente Verriedung“ und die Amiperas noch vorgestern in einer gemeinsamen Pressemitteilung zu Wort, in der der Mobilitätsminister dazu aufgefordert wird, die Adapto-Reform, von der rund 10.000 größtenteils ältere Leute betroffen seien, noch einmal zu überarbeiten.

Gestern wurde die Thematik auch im Rahmen der parlamentarischen Fragestunde behandelt, in der sich gleich zwei Abgeordnete, nämlich Marco Schank (CSV) und Jeff Engelen (adr), an Mobilitätsminister François Bausch (déi gréng) richteten.

Dieser zeigte sich erst mal erstaunt, dass sich die Betroffenen nicht ein bisschen mehr über den Gratis-Dienst ab dem 1. März freuen würden, um dann darauf hinzuweisen, dass das Hauptproblem bei der Adapto-Reform in der Erstellung der neuen Datenbank liege.

Rund 1.200 Personen seien bereits von seinen Beamten kontaktiert worden und hätten auch bereits eine neue Adapto-Karte, wobei selbige Beamten aber auch angewiesen worden seien, sich hier flexibel zu zeigen. Das Stichdatum sei zwar weiterhin der 1. März, da an diesem Tag der öffentliche Transport in Luxemburg gratis werde, aber die alten Karten würden trotzdem noch während einer Übergangsphase von zwei Monaten ihre Gültigkeit behalten.

LJ